

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

16. Juni 2014
1 von 1

Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen

Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.17.1207 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird beauftragt einen rechtskonformen Vorschlag zur Verteilung der Fraktionsmittel unter Beachtung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts zu erstellen.

Unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes soll ein einheitlicher Sockelbetrag den für alle Fraktionen gleichen Grundarbeitsaufwand abbilden. Der erhöhte Koordinationsaufwand wird weiterhin mit einer einheitlichen Summe pro Stadtverordneten berücksichtigt.

Fraktionslosen Stadtverordneten wird der Zugang zu personeller Unterstützung und Infrastruktur wie Briefkasten, Internetzugang und Telefon geschaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, FDP, Demokratie erneuern/Freie Wähler,
Stadtverordneter Bayer

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU

Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Gleichheitsgrundsatz für Stadtverordnete zur Anwendung bringen, 101.17.1207, wird **abgelehnt**.

Volker Zeidler
Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Nicole Schmidt
Schriftführerin